



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermundigen

⇒ genehmigt am 23.6.2022

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2022/2

Datum/Zeit	Donnerstag, 5. Mai 2022, 18:00 - 20:00 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Bärtschi Mosimann Astrid (Die Mitte)	1
Mitglieder	Balmer Kathrin (SP)	
	Dähler Stefanie (SP)	
	Falk Marcel (SP)	
	Kistler Kerstin (SP)	
	Kuert Matthias (SP)	
	Nova Colette (SP)	
	Schnider-Müller Simone (SP)	ab 18:45 Uhr
	Selmani Emsale (SP)	ab 18:30 Uhr
	Thomann Thulani (SP)	9
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Gränicher Adrian (parteilos/SVP)	
	Hausammann Hans-Rudolf (SVP)	
	Truog Markus (SVP)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	
	Zuber Cyrill (SVP)	
	Zysset Walter (SVP)	7
	Bähler Pia (glp)	
	Minka II Sandro (glp)	
	Tamàs Oliver (glp)	
	Wahli Alexander (glp)	
	Züllig von Allmen Dorothea (glp)	5
	Leiser Christoph (FDP)	
	Rickenbach Rolf (FDP)	2
	Baumgartner Gerhard (EVP)	
	Wagner Martina (EVP)	
	Zürcher Myriam (EVP)	3
	Jordi Yves (Die Mitte)	
	Löhner Sandra (Die Mitte)	2
	Mahler Niels (Grüne)	
	Tanner Adrian (Grüne)	2
	Ananiadis Jorgo (Piraten)	1
	Total anwesend	<u>32</u>
Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Blaser Erich (SVP), Fredrich Bettina (SP), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP) und Weber Hadorn Maya (SP)	
Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara	

Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Aeschbacher Sarah (SP), Feller Daniela (FDP), Minka Il Lucien (FDP), Steiner Ulrich (SVP), Toggwiler Denis (glp), Zeyer Christian (SP), Zeyer Priska (SP) und Zivanovic Sandra (SVP) Mitglieder GR: Gasser Melanie (glp)

TRAKTANDEN

102. Überparteiliche Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO; 2. Berichterstattung und Abschreibung	94
103. Regionales Führungsorgan; Genehmigung Anschlussvertrag an RFO Bern plus; Aufhebung des Reglements für ausserordentliche Lage vom 1.1.2011	98
104. Oberer Flurweg; Werkleitungersatz und Strassensanierung; Genehmigung Investitionskredite	100
105. Protokoll der 1. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Februar 2022; Genehmigung	103
106. Büro Grosser Gemeinderat; Ratspräsidium vom 1.6.2022 bis 31.12.2022; Ersatzwahl	104
107. Schulkommission; Ersatzwahl.....	105
108. Ortsplanungsrevision "O'mundo"; Räumliche Entwicklungsstrategie (RES); Kreditabrechnung Phasen 1 + 2; Kenntnisnahme.....	106
109. Überparteiliche Motion für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum in Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	108

2. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 5. Mai 2022

110. Überparteiliche Interpellation betreffend Plausibilisierungsfragen zur Finanzstrategie; schriftliche Beantwortung.....	113
111. Orientierungen des Gemeinderates	114
a) Parlamentarische Vorstösse; verspätete Beantwortungen.....	114
b) Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Änderung im Terminplan.....	115
c) Regierungsratswahlfeier; Orientierung.....	116
112. Überparteiliche Motion betreffend Umwandlung von mindestens einem Naturrasenspielfeld in ein Kunstrasenspielfeld; parlamentarischer Neueingang	118
113. Interpellation EVP-Fraktion betreffend FussgängerInnen/Verkehrsplanung; parlamentarischer Neueingang.....	121
114. Interpellation EVP-Fraktion betreffend Bundesrat aktiviert Schutzstatus S für Menschen aus der Ukraine - Auswirkungen auf die Gemeinde Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang.....	123
d) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates.....	124

7. Zum ersten Mal nach der Pandemie hat der Ratssekretär für uns im Restaurant WALDECK reserviert. Ich freue mich auf eine möglichst grosse Teilnehmerschaft.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Das Traktandum Nr. 110 "überparteiliche Interpellation betreffend Plausibilisierungsfragen zur Finanzstrategie; schriftliche Beantwortung" wurde zur Überarbeitung zurückgezogen.

Zu Traktandum Nr. 111 - Orientierungen des Gemeinderates

a. Parlamentarische Vorstösse; verspätete Beantwortungen

- Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität; eingereicht 23.09.2021; verspätete Beantwortung
Sprecherin: Maya Hadorn Weber
- Überparteiliche Interpellation betreffend sichere Wege zur Schulanlage Rothus; eingereicht 23.09.2021; verspätete Beantwortung
Sprecher: Thomas Iten
- Überparteiliche Motion betreffend Schaffung einer ständigen Integrationskommission in Ostermundigen; eingereicht 28.10.2021; verspätete Beantwortung
Sprecher: Thomas Iten
- Überparteiliche Motion betreffend Einführung von Deutsch Bons für Ausländer:innen in Ostermundigen; eingereicht 28.10.2021; verspätete Beantwortung
Sprecher: Thomas Iten
- Überparteiliche Motion betreffend Schaffung einer Grundlage für die Einführung eines Ausländerantrages in Ostermundigen; eingereicht 28.10.2021; verspätete Beantwortung
Sprecher: Thomas Iten

b. Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Änderungen im Terminplan
Sprecher: Thomas Iten

c. Regierungsratswahlfeier; Orientierung
Sprecher: Thomas Iten

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

Axioma 3354
10.3.72 Motionen

102. Überparteiliche Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO; 2. Berichterstattung und Abschreibung

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Colette Nova (SP): Zuerst möchte ich dem Gemeinderat - insbesondere Maya Weber Haldorn - für den vorliegenden Bericht Danke sagen. Dieser relativ schwierige Auftrag ist für den Gemeinderat nicht erfüllbar.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) hat vor anderthalb Jahren die Berichterstattung des Gemeinderates und das Abschreiben der Motion als erledigt abgelehnt. Das war ein klares Signal des GGR nicht nur an den Gemeinderat, sondern vor allem an die Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO). Denn der Gemeinderat hat uns damals mitgeteilt, dass er nicht weiterkommt, weil die PVS BIO blockiert. Dieser Sachverhalt war nicht neu. Der Stiftungsrat der PVS BIO hat uns damals mitteilen lassen, er habe die Vorkommnisse um die Unterdeckung «umfassend untersuchen lassen». Die Resultate dieser Abklärungen wollte er uns aber nicht übergeben.

Heute stehen wir leider immer noch am gleichen Ort. Der Gemeinderat und wir sind kein bisschen weitergekommen, weil die PVS BIO immer noch «mauert». Der Stiftungsrat stellt sich taub gegenüber dem deutlichen Signal aus dem GGR.

Wir hier im GGR vertreten die BewohnerInnen von Ostermundigen. Die Ostermundiger und Ostermundigerinnen möchten wissen, was genau abgelaufen ist, wer welche Fehler gemacht hat. Wir vertreten auch die Steuerzahlenden, die den grössten Teil des Finanzlochs, das auf Ostermundigen entfiel, stopfen mussten. Dem GGR, und damit den StimmbürgerInnen und Steuerzahlenden zu sagen, dass man uns überhaupt keine Rechenschaft und keine Informationen abgeben will; uns zu sagen, dass wir nur zu zahlen haben und keinen Anspruch auf Informationen haben; diese Haltung gegenüber uns und der Bevölkerung von Ostermundigen ist unglaublich arrogant.

Wieso verweigert der Stiftungsrat der PVS BIO jegliche Akteneinsicht, wenn die Verantwortlichen angeblich nichts zu befürchten haben und angeblich doch alles in bester Ordnung ist? Jeder normale Mensch muss aus diesem Verhalten den Schluss ziehen, dass eben gerade nicht alles in bester Ordnung war. Dass im Gegenteil viele Fehler gemacht wurden, aus krasser Inkompetenz, fehlendem Verantwortungsbewusstsein, aus Desinteresse, Dummheit, Herdentrieb und was weiss ich, aus was für anderen Gründen noch. Wir müssen auch feststellen, dass die Verantwortlichen nicht zu ihren Fehlern stehen wollen. Das ist nicht nur arrogant, das ist auch feige. Der heutige Stiftungsrat deckt leider all das.

Ein GPK-Mitglied - nicht ich - hat an der GPK-Sitzung von letzter Woche gesagt, - ich zitiere aus dem Protokoll - dass «*unbestritten menschliches Versagen vorliegt. Primär hat es an der Führung der PVS gefehlt.*» Ja, das ist so. Ja, die früheren Verantwortlichen der Stiftung haben

klar versagt, sie haben die Stiftung nicht geführt. Die heutigen Verantwortlichen führen dieses Versagen leider weiter. Sie haben nichts gelernt aus dieser ganzen Geschichte.

Ich möchte eigentlich am liebsten sagen, dass der Gemeinderat den Stiftungsrat so lange weiterbearbeiten soll, bis dieser nachgibt. Und euch vorschlagen, die Motion nicht abzuschreiben. Leider glaube ich nach dieser langen Geschichte nicht, dass sich der Stiftungsrat doch noch Vernunft annimmt, uns respektiert und seine arrogante Haltung ablegt. Deshalb schlage ich euch nolens volens vor, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und die Motion abzuschreiben.

Ganz wichtig ist mir aber, dass der Gemeinderat sich ins Zeug legt und dafür sorgt, dass die Gelder, auf die die Gemeinde Ostermundigen Anspruch hat, endlich kommen. Leider wurden ja von der PVS BIO nicht nur vor einigen Jahren grobe Fehler gemacht, sondern auch in jüngerer Zeit, bei der Teilliquidation und beim Einkauf in die neue Vorsorgeeinrichtung. Das wurde hier, nach mehreren Vorstössen von mir, im letzten Jahr ausführlich dargelegt, und mit Untersuchungen der Firma PWC belegt. Der Stiftungsrat muss mindestens in dieser Sache nun endlich seine Verantwortung wahrnehmen und seine Fehler korrigieren!

Ich bitte den Gemeinderat, seine ganze Energie dafür einzusetzen, dass wenigstens in diesem Teil der unsäglichen Geschichte noch etwas positives erwirkt werden kann!

1. Vizepräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP): Die Geschichte beschäftigt uns seit vielen Jahren. Es kann nicht sein, dass sich zu diesem Debakel nur Colette Nova (SP) ihren Unmut kundtut. Auch ich habe mit der ganzen Situation meine grossen Probleme. Ich werde dem Geschäft nicht zustimmen und die "Stimmhaltung" in Anspruch nehmen. Ich möchte mich nicht dem Vorwurf aussetzen: Wir haben dem Volk viel Geld gestohlen.

Ich zitiere aus der GGR-Botschaft Seite 6; Kapitel 3. Fazit:

... Eine saubere und transparente Aufarbeitung der Geschehnisse wäre nach wie vor angezeigt, bleibt aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen jedoch unmöglich.

Wieso wird die Aufarbeitung nicht vorgenommen? Wir wischen alles unter den Tisch. Wenn ich eine Busse erhalte, als dann wird diese nicht unter den Tisch gewischt. Ich muss den Strafbetrag bezahlen!

Gerhard Baumgartner (EVP): Wieder einmal sprechen wir über die Situation der Personalvorsorgestiftung. Ein unrühmliches Prozedere was da passiert ist. Das Geschäft ist so grau wie der hinterlegte graue Text mit den Erläuterungen zum bisherigen Vorgehen.

Als Delegierter der Pensionierten war ich Delegierter der PVS und habe noch die letzte stattgefundene Delegiertenversammlung in Bolligen in Erinnerung. Auf meine Frage, wer die gesetzliche Aufsichtspflicht erfülle, teilte der Stiftungsrat nach einigem Zögern mit, dass die bis anhin verantwortliche Person nicht mehr zuständig sei und die Aufsicht neu geregelt sei. Die Kontrollfunktion, wie es sich im Nachhinein erweist, hat nicht funktioniert. Das jährliche Honorar für die gesetzliche Aufsichtspflicht betrug stattliche 70'000 Franken pro Jahr - für ein "Nichtstun". Diesem Missstand wurde stillschweigend zugeschaut. Es war eine Zeit, in welche die Börsengeschäfte mehr im Minus anstatt im Plus stattfanden: ganz schlecht! Die PVS hat massivste Verluste hinnehmen müssen. "Rette sich wer kann:" Nach diesem Motto hat der

seinerzeitige Geschäftsführer in aggressive Börsengeschäfte investiert. Das hätten wir vielleicht auch getan - "Rette was zu retten ist"! Was ist eingetroffen? Es flossen noch mehr Gelder den Bach hinunter.

Der Weggang des Geschäftsführers wurde analog der heutigen Fussballwelt vorgenommen: Wenn der Trainer mit seiner Mannschaft den notwendigen Erfolg nicht erreichen kann, ja dann fliegt der Trainer weg. So auch der Geschäftsführer - plötzlich war er klammheimlich verschwunden.

Im Nachgang der Delegiertenversammlung hatte ich ein ungutes Gefühl. Was musste verschwiegen werden, dass nicht transparent kommuniziert wurde? Gegenüber den Delegierten wurde ein geheimnisvolles Spiel lanciert. Im Stiftungsrat waren Exekutivmitglieder der an der PVS beteiligten Gemeinden vertreten. Es zeigt sich, dass zu wenig hingeschaut wurde und ich wage mir zu sagen, dass blindes Vertrauen herrschte. Die Anlagegeschäfte und der Geschäftsgang verlangt von einem Stiftungsrat ein fundiertes Basiswissen im Bereich der Personalvorsorgestiftung.

Der Gemeinderat hat umfangreiche Rechtsgutachten in Auftrag gegeben mit der Prüfung wie und ob die Einforderung der Schadenersatzansprüchen eine Chance habe.

Wie wir der Vorlage entnehmen, ist die Chance gleich null. Bereits bis jetzt waren die rechtlichen Gutachten kostspielig. Was bleibt zurück? Ein Scherbenhaufen deren Scherben nicht mehr zu einem Gefäss zusammengefügt werden können. Es ist Frust und Wut vorhanden. Mein Fazit aus dieser Misere: lehret daraus! Ein Eingeständnis aus dieser unsäglichen Geschäfte wäre Demut. Demütig sein heisst, einmal vom hohen Ross hinabzusteigen. Einmal Offenheit zeigen - hinstehen und sagen was Sache ist! Das zerbrochene Gefäss kann nicht mehr repariert werden.

Die EVP-Fraktion folgt gezwungenermassen dem Antrag des Gemeinderates und stimmt der Abschreibung der Motion zu. Mit diesem Vorgehen findet ein Trauerspiel doch noch sein Ende.

Alexander Wahli (glp): Besten Dank den Vorrednern - sie sprechen der glp-Fraktion aus dem Herzen: auch wir sind frustriert!

Die GLP folgt dem Beschluss des Gemeinderates, die Berichterstattung zu genehmigen und die Motion abzuschreiben

Zum vorliegenden Traktandum wurden unzählige Diskussionen geführt, Berichte erstellt Meinungen ausgetauscht und ebenso viele Vorwürfe und Verfehlungen formuliert. Es erübrigt sich jeder weitere Kommentar zum Wie, Wer, Warum und vor allem zum Warum nicht.

Da nachweislich keine Chance auf ein erfolgreiche Schadenersatzforderung besteht, muss der Prozess nun abgeschlossen werden. Bei diesem Geschäft handelt es sich bald nicht mehr um ein Ende mit Schrecken, das Schrecken ohne Ende steht bereit.

1)

1) Emsale Selmani (SP) tritt um 18.30 Uhr der Sitzung bei. Neu sind **31 Ratsmitglieder** anwesend.

Gerhard Zaugg (SVP): Die SVP-Fraktion empfiehlt dem GGR mehrheitlich, dem gemeinderätlichen Antrag zu folgen und die Motion abzuschreiben (mit Zähneknirschen).

Der seinerzeitige Stiftungsrat hat überhaupt keine Fehler gemacht und kann demnach auch nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Diese Aussage ist höchst ironisch! Es beweist einmal mehr, dass ein Mandat in einem Stiftungsrat nicht ein einfaches "Wochenplatz-Jöbli" ist, in dem jährlich ein fünfstelliger Frankenbetrag verdient werden kann.

Adrian Tanner (Grüne): Ich kann mich den Vorrednerinnen und Vorrednern anschliessen. Ich habe das Vertrauen in die Institutionen verloren. Dass die Verdächtigen das Recht auf Aussageverweigerung haben, ist verständlich. Aber dass es keine Möglichkeiten gibt, die offenen Fragen auf eine andere Art aufzuarbeiten (Strafrecht oder Zivilrecht), das finde ich problematisch.

Es gibt auch noch die Situation, in welcher die Gemeinde Ostermundigen zu viel Geld an die neue Pensionskasse überwiesen hat. Ostermundigen wurde von einer anderen Gemeinde darauf hingewiesen. Wieso der Fehler letztendlich nicht korrigiert worden ist, das kann ich mir schlicht nicht erklären.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 19 zu 0 Stimmen (bei 11 Enthaltungen) den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Berichterstattung des Gemeinderates wird genehmigt.
2. Die überparteiliche Motion betreffend Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen der Gemeinde Ostermundigen aufgrund des Debakels der PVS BIO wird als erledigt abgeschlossen.

Axioma 7858

55.4.07 Regionales Führungsorgan

103. Regionales Führungsorgan; Genehmigung Anschlussvertrag an RFO Bern plus; Aufhebung des Reglements für ausserordentliche Lage vom 1.1.2011

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): In der Tischauf-lage zu diesem Geschäft wird die Aufschlüsselung der Kosten des Beitrages pro Einwohner (= Fr. 3.90) detailliert aufgezeigt. Der Gemeinde Ostermundigen wird für die belegten Kosten professionelle Hilfe zur Verfügung gestellt.

Marcel Falk (SP): Wir schauen ja meist in die Vergangenheit, um uns eine Vorstellung der Zukunft zu verschaffen. Bei Naturkatastrophen taugt diese Methode nicht mehr. Der Grund ist der Klimawandel. Wir steuern im Moment auf eine um 3,2 Grad erhitzte Welt zu. Was bedeutet das?

Hitzewellen, Dürren und Starkniederschläge werden um ein Vielfaches häufiger. Hitzeereignisse werden in Mitteleuropa, also bei uns, schon bei einer 2-Grad-Erwärmung 5- bis 6-mal häufiger - das sind plus 500%! Die Naturkatastrophen werden aber nicht nur häufiger, sondern auch intensiver. Der Weltklimarat sagt klar: Wir werden mit Ereignissen konfrontiert sein, die bei uns bezüglich Intensität und Dauer beispiellos sind. Aber das ist noch nicht alles: es wird auch viel häufiger vorkommen, dass Katastrophen gleichzeitig in mehreren Regionen auftreten oder eine Katastrophe direkt auf die andere folgt. Das erhöht die Komplexität massiv, solche Lagen zu meistern - bis zu einem Punkt, wo dies nicht mehr gelingt.

Was ich damit sagen möchte: Wir brauchen für Katastrophenfälle und Notlagen ein professionelles Führungsorgan. Das ist gut investiertes Geld; eine Investition, die sich voraussichtlich rasch auszahlen wird. Diese Professionalisierung ist eine der nötigen und sinnvollen Anpassungen an den Klimawandel.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Ich möchte eine allgemeine Anmerkung anbringen:

Für uns im Ratsbüro hilft es sehr, wenn der Sitzplan eingehalten wird und sich die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion am zugewiesenen Sitzplatz niederlässt. Vielen Dank.

Zum Geschäft liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Gemeinde Ostermundigen schliesst sich vertraglich rückwirkend per 01.01.2022 an das Regionale Führungsorgan «RFO Bern plus» an.
2. Die jährlichen wiederkehrenden Kosten von CHF 3.90 pro Einwohnerinnen und Einwohner im Gesamtbetrag von CHF 70'000.00 werden genehmigt.
3. Das Reglement für ausserordentliche Lagen wird per 31.12.2021 aufgehoben.

2)

2) Simone Schnider (SP) tritt um 18:45 Uhr der Sitzung bei. Neu sind **32 Ratsmitglieder** anwesend.

Axioma 7964

42.2.43 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt
42.3.43 Abwasseranlagen; Öffentlich, Unterhalt
40.7.07 Strasseninstandstellungen

104. Oberer Flurweg; Werkleitungersatz und Strassensanierung; Genehmigung Investitionskredite

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Ich möchte darauf hinweisen, dass der Vermerk im GPK-Protokoll nicht stimmt:

Die zur Auskunftserteilung eingeladene Departementsvorsteherin ist der Sitzung ferngeblieben.

Der Sachverhalt wird richtig wiedergegeben und dafür entschuldige ich mich. Irrtümlicherweise habe ich die schriftliche Einladung nicht erhalten. Diese ist im "Alpenrösli" aus Versehen im Postfach liegen geblieben.

Falls noch fachliche oder inhaltliche Fragen aus dem Plenum gestellt werden, so können diese heute Abend von Herrn Daniel Zbinden beantwortet werden.

Adrian Gränicher (SVP): Wir von der SVP-Fraktion begrüßen das Geschäft und werden diesem vorbehaltlos zustimmen. Allgemein begrüßen wir die Investitionen in die Infrastrukturen. Zum vorliegenden Antrag möchten wir noch einige "aber" anmerken:

- Wasserleitungen

Der Ersatz der Wasserleitung aus dem Jahre 1979 (42 Jahre) ist das Lebensende der Wasserleitung? Tendenziell kann die Frage eher verneint werden. Wir können bei Wasserleitungen von einer Lebensdauer von 80 Jahren ausgehen.

Beim Löschschutz wird der Wert vernichtet, d. h. die Anforderung «Löschschutz» ist nachvollziehbar.

- Hydraulik Abwasser

Die noch durchzuführende Abfluss-Langzeitmessungen (CHF 9'000.--) sind bereits erfolgt. Der Praxisversuch erfolgte in den letzten Jahrzehnten, d. h. keine Schäden (somit ist Z=5 resp. Z=10 eingehalten). Langzeitmessungen sind meines Erachtens nicht notwendig.

Der Verzicht auf die Vergrösserung der Mischabwasserleitung ist möglich (CHF 138'000.-- + CHF 7'000.-- = CHF 145'000.--), auch wenn die Vergrösserung im GEP vorgesehen ist.

- Belagsersatz

Sind die CHF 306'000.-- absolut notwendig? Die Graben-Flicke für Trinkwasser ist ausreichend = Quartierstrasse.

Der Antrag ist gut ausgeschaffen und die Aufwertung für das Quartier vertretbar.

Marcel Falk (SP): Mir ist es wichtig, hier festzuhalten, dass wir dieses Geschäft in der Kommission Tiefbau eingehend besprochen und mit minimalen Änderungen einstimmig verabschiedet haben. Das Projekt ist eine Notwendigkeit. In der Kommission Tiefbau erhalten wir immer wieder den Eindruck, dass die Gemeinde die «Geschäfte im Untergrund» sehr umsichtig und gründlich vorbereitet und umsetzt - und die Geschäfte in der Kommission mit Engagement verteidigt! Ich möchte mich bei den Mitarbeitenden der Gemeinde dafür herzlich bedanken.

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Daniel Zbinden (Bereichsleiter Wasser): Zu den eingegangenen Voten möchte ich kurz informieren:

- Alter der Wasserleitung

Diese wurde 1979 erstellt. Die Leitung ist nicht sehr alt; diese sollte 80-jährig werden. Wir haben jedoch Vorgaben der Generellen Entwässerungsplanung (GEP) zu erfüllen. Die Leitung ist betreffend Hydraulik und Löserschutz zu klein. Die Generelle Wasserversorgungsplanung (GWP) und das GEP sind im letzten Jahr in die Endphase eingetreten. Sämtliche Ergebnisse liegen nun vor und sind in die Finanzplanung eingeflossen. Die Vergrösserung der Leitung ist ebenfalls im Finanzplan enthalten. Die Arbeiten müssen vor dem Projekt "Tram Region Bern" an die Hand genommen werden.

- GEP-Berechnung

Neben dem 5-jährigen werden auch die 10-jährigen Ereignisse berechnet. Die Massnahmen aus dem GEP 2001 werden sich infolge der inneren Verdichtung und der stärkeren Niederschläge in Zukunft verschlechtern. Über 15 Leitungen weisen eine technische Überlastung aus. Eine Massnahme der Überprüfung des Missstandes wird in die Wege geleitet (siehe Ausführungen auf Seite 5 der GGR-Botschaft).

- Belagsersatz

Der Belagsersatz tangiert den Fachbereich Tiefbau. In diesem Zusammenhang hat auch der Tiefbau seit ein paar Jahren einen Investitionsstau. Noch in diesem Jahr sollen Messungen über den Belagszustand auf dem Gebiet von Ostermundigen durchgeführt werden. Diese Arbeiten wurden letztmals vor über 10 Jahren vorgenommen. Anschliessend kann die Finanzplanung aktualisiert werden. Am Oberen Flurweg macht es Sinn, den ganzen Belag gleichzeitig mit dem Leitungsbau zu ersetzen.

- Gebührenfinanzierung und Investitionsrechnung

Der Leitungsbau wird über die Gebühren finanziert. Der Belagsersatz wird aus der Investitionsrechnung beglichen.

- ① Es werden keine Leitungen (Abwasser und Wasser) saniert, wo es nicht notwendig ist. Gewisse Leitungen müssen vor 80 Jahren ersetzt werden.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 31 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Für den Ersatz der öffentlichen Wasserleitungen im Oberen Flurweg wird zu Lasten der Investitionsrechnung der gebührenfinanzierten Spezialfinanzierung Wasserversorgung ein neuer Kredit von CHF 657'000.00 (inkl. MWSt.) bewilligt.
2. Für die Sanierung und teilweisen Vergrösserung der öffentlichen Mischabwasserleitungen im Oberen Flurweg wird zu Lasten der Investitionsrechnung der gebührenfinanzierten Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung ein neuer Kredit von CHF 222'000.00 (inkl. MWSt.) bewilligt.
3. Für den Ersatz der Strassenbeläge im Oberen Flurweg wird zu Lasten der Investitionsrechnung des Steuerhaushaltes ein neuer Kredit von CHF 306'000.00 (inkl. MWSt.) bewilligt.

Axioma 988

100.3.10.03 Protokollgenehmigungen GGR

105. Protokoll der 1. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Februar 2022; Genehmigung

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Das Parlament wurde mit dem Protokoll Nr. 1 dokumentiert. Liegen Wortmeldungen zum Protokoll vor?

Kathrin Balmer (SP): Normalerweise ist die Genehmigung der Protokolle Formsache. Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion werden uns heute der Stimme enthalten. Die ganze Diskussion rund um die Fusion war für unser Empfinden extrem wirr. Die Aussagen des Gemeindepräsidenten zu Motion und Postulat waren widersprüchlich.

① Im Protokoll wurden die Aussagen korrekt wieder gegeben.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 21 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll der 1. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Februar 2022 wird genehmigt.

Axioma 380

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

106. Büro Grosser Gemeinderat; Ratspräsidium vom 1.6.2022 bis 31.12.2022; Ersatzwahl

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Auf Vorschlag der MITTE-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Auf Vorschlag der MITTE-Fraktion wird Sandra Löhner ab 1. Juni 2022 bis 31. Dezember 2022 als Ratspräsidentin in das «Büro des Grossen Gemeinderates» gewählt.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

Axioma 8016

10.6.28 Schulkommission

107. Schulkommission; Ersatzwahl

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Auf Vorschlag der MITTE-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Auf Vorschlag der MITTE-Fraktion wird Jan Robinson (parteilos) ab 1. Juni 2022 bis 31. Dezember 2024 in die «Schulkommission» gewählt.

Axioma 2719

10.22.0.14 Ortsentwicklung

108. Ortsplanungsrevision "O'mundo"; Räumliche Entwicklungsstrategie (RES); Kreditabrechnung Phasen 1 + 2; Kenntnisnahme

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Myriam Zürcher (EVP): Auf der Seite 2 der Botschaft wie auch im GPK-Protokoll steht, dass „externe Parteien“ in die Planungsprozesse miteingebunden werden konnten und sich mit insgesamt 150 000 Franken beteiligt haben.

- Wer sind diese externen Parteien?

Alexander Wahli (glp): Besten Dank für die Ziellandung!

Die glp-Fraktion stützt den Antrag des Gemeinderates und nimmt die Kreditabrechnung O'mundo für die Phase 01 und 02 wohlwollend zur Kenntnis.

Wir gratulieren den Behörden und den vielen Beteiligten für das gute Abschneiden. Das vielschichtige und komplexe Projekt «nur» mit einem Defizit von knapp 18'000.00 abzuschliessen, zeugt von einer weitsichtigen Planung und deren Umsetzung. Allen Beteiligten und Involvierten gilt es einen grossen Dank auszusprechen. Es ist nicht selbstverständlich, dass ein Projekt über so lange Zeit konsequent durchgezogen werden kann und man ohne grössere Umwege zum Ziel gelangt.

Natürlich kann an dieser Stelle moniert werden, dass ohne die Drittfinanzierungen bei den zentralen Baustellen das Defizit deutlich höher ausgefallen wäre. Auch dass eine solche Mitfinanzierung von weiteren Partner Begehrlichkeiten wecken könnte. So dass das Risiko einer Abhängigkeit für die Gemeinde entsteht.

Ich persönlich erachte dies aber eher als Chance. Gemeinsam Rahmenbedingungen für wichtige Planungen zu erarbeiten sowie das frühe Mitspracherecht und sich einbringen bei Entscheidungen erhöht die Akzeptanz bei allen Player und die Chancen für eine allfällige Umsetzung steigen deutlich an.

Wir sehen in diesem Sinne kein erhöhtes Risiko, dass Ostermundigen durch Private übervorteilt wird, oder dass die vorgeschlagenen Planungen unverhältnismässig ausfallen werden. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Besten Dank für die Rückmeldungen.

- Alexander Wahli (glp) hat erwähnt, dass wir einen "Zwischenschritt" vollzogen haben. Für die nächste GGR-Sitzung planen wir einen weiteren Kreditantrag (O'mundo Phase 3.0). Der Energierichtplan, die "Räumliche Entwicklungsstrategie" und weiterer "Aufräumbedarf im Gemeindebaureglement" sollen an die Hand genommen werden.

2. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 5. Mai 2022

- Die Thematik "Drittmittel" - siehe Frage von Myriam Zürcher (EVP) - wurden primär von den Grundeigentümerschaften geleistet. Wir hätten kein Defizit von 200'000 Franken ausgewiesen. Wir hätten die Testplanungen redimensioniert, um eine finanzielle "Punktlandung" zu erreichen.

Wie bereits erwähnt, haben wir eine Zwischenetappe abschliessen können. Die geplante "Königsetappe" wird dem GGR demnächst vorgestellt.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Die Kreditabrechnung für die Phasen „01 Vorbereitung“ und „02 Räumliche Entwicklungsstrategie“ der Ortsplanungsrevision O'mundo, abschliessend mit einem Netto-Gesamtaufwand von CHF 817'628.60, wird zur Kenntnis genommen.

Axioma 7389

10.3.72 Motionen

109. Überparteiliche Motion für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum in Ostermundigen; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert.

Stimmzähler Markus Truog (SVP): In gut einem Jahr stimmen wir über die Fusion mit Bern ab. Wenn der Vorstoss heute überwiesen würde, beschäftigen wir die ohnehin stark mit Bauprojekten belastete Verwaltung mit einem weiteren Geschäft und wofür? Bis eine solche Strategie stünde, ist der Fusionsvertrag längst verhandelt und bei einem Ja zur Fusion hätte die Verwaltung für die «Halde» gearbeitet.

Aus Sicht der SVP-Fraktion genügen die aktuellen Bemühungen des Gemeinderats. Die Raumentwicklungsstrategie (RES) und O'mundo sind Meilensteine auf dem Weg zu einem guten Angebot an Wohnraum für alle Einkommenskategorien in Ostermundigen. Man ist auch stets im Gespräch mit den Besitzern der Häuser mit billigen Wohnungen, die teilweise nicht den heutigen Ansprüchen genügen. Aber Privateigentum ist zu respektieren, daher sind den Bemühungen auch Grenzen gesetzt.

Für die SVP-Fraktion ist es wichtig, bei solchen Wunschvorstellungen stets Aufwand und Ertrag im Auge zu behalten. Man kann immer mehr machen, daher ist auch der Gemeinderat bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Aber ist das aktuell sinnvoll, im Wissen, um die fehlenden Kapazitäten und die bevorstehende Abstimmung ein solches Postulat zu überweisen? Man müsste unter Umständen sogar dazu externe Gutachter für teures Geld beauftragen, ohne zu wissen, ob die Ergebnisse je gebraucht werden. Das sind einfach verschwendete Ressourcen.

Falls die Fusion abgelehnt würde, kann man immer noch ein entsprechendes Konzept für unsere Gemeinde erstellen. Bei einem Ja wird die fusionierte Gemeinde prüfen, ob im neuen Stadtteil Ostermundigen ein weiteres Tscharnergut oder Gäbelbach geschaffen werden sollte.

Die SVP-Fraktion lehnt daher den Vorstoss als Motion sowie allenfalls auch als Postulat ab. Es ist einfach nicht der richtige Moment. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Myriam Zürcher (EVP): Was mit einer einfachen Idee begann, die mir am Herzen liegt, nämlich auch in Zukunft in Ostermundigen bezahlbaren - günstigen, aber nicht billigen - Wohnraum zur Verfügung zu stellen, nahm plötzlich grössere Formen an als erwartet. Es wurden viele Gespräche zur Wohnthematik in Ostermundigen geführt. Dabei trafen unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse aufeinander, was die ganze Sache nicht einfacher macht.

Auch wenn die Beantwortung durch den Gemeinderat etwas Geduld gefordert hat, bin ich für die bereits gemachten ausführlichen Abklärungen und Untersuchungen sehr dankbar. Ich weiss und erwarte, dass auch in Zukunft dem Thema Wohnen und Wohnraum Beachtung geschenkt werden muss.

Das Wichtigste für mich ist, dass die in der Motion formulierten Anliegen in die Zukunftsplanung und in die Revision des Baureglements der Gemeinde Ostermundigen einbezogen werden.

Wie bereits erwähnt, gilt es zwischen günstigem und billigem Wohnraum zu unterscheiden. Der eine ist auch mit einem kleinen Budget erschwinglich, der andere ist nicht selten heruntergekommen und unwürdig. Leider gibt es in Ostermundigen zu viel so genannten „Billig“-Wohnraum. Die soziodemographische Konstellation der Gemeinde Ostermundigen ist wohl bekannt. Dass jedoch die schwächeren Mitglieder unserer Gemeinde nicht einfach verdrängt werden dürfen, sollte genau so klar sein. Deshalb ist es wichtig, passende Lösungen zu finden. Denn die Stärke einer Gesellschaft misst sich bekanntlich am Wohl und vielleicht auch an der Inklusion der Schwächsten?

① Jetzt noch ganz konkret zu der vorliegenden Motion:

Vorgängige Sondierungen in den verschiedenen Parteien haben ergeben, dass die Motion keine Mehrheit finden wird. Sollte sich jemand noch umbesinnen, lasst es mich wissen.

Dass der Vorschlag vom Gemeinderat eine Umwandlung in ein Postulat fordert, entspricht nicht der ursprünglichen Meinung dieses Vorstosses, dieser Motion. Auch wenn wir als EVP-Fraktion den Antrag des Gemeinderat für die Umwandlung der Motion in ein Postulat unterstützen, möchte ich nochmals betonen, dass es mir sehr wichtig ist, dass diese Anliegen in die Gemeinde- und Bauplanung aufgenommen werden. Dass wir besonders bei einem Postulat weiterhin ein Auge darauf haben müssen, das erklärt sich von selbst.

Dies gilt auch für die vom Gemeinderat vorgeschlagene Variante für Punkt 4. Eigentlich ein Schritt zurück von dem, was die Motion verlangte. Aber insbesondere aus den oben genannten soziodemographischen Gründen und dem aktuellen IST-Zustand der Gemeinde Ostermundigen erachten wir diese Vorgehensweise als aktuell die beste.

In einer Zeit, wo viel Neues - auch neuer Wohnraum - entsteht, ist die Aufmerksamkeit von uns allen gefragt: die der Bevölkerung, der Eigentümer von Wohnblöcken, die der Politik und der Verwaltung, damit weiterhin grössere Familien, Pensionierte und Menschen mit einem durchschnittlichen oder bescheidenen Einkommen in Ostermundigen ein Zuhause finden können.

Vielen Dank für eure Unterstützung und euer Mitdenken.

→ Der Vorredner Markus Truog (SVP) hat die Fusion angesprochen. Ich bin mit deiner Aussage nicht einverstanden. Ansonsten müssten wir bereits heute Abend beschlossene und bereits laufende Geschäfte ebenfalls sistieren. Wir könnten als dann den Ratsbetrieb einstellen, bis die Fusion über die Bühne ist. Aus diesem Grund erachte ich das vorliegende Thema als wichtig.

Sandra Löhner-Marti (Die Mitte): Zuerst möchte ich mich herzlich zur Wahl ins Ratspräsidium bedanken! Der Prozess ist nicht geplant und unerwartet eingetroffen. Wir freuen uns für Astrid als neue Regierungsrätin und machen das Beste aus der Situation. Ich hoffe, dass ich eure Erwartungen erfüllen kann.

① Nun zum Traktandum Nr. 109:

Die Mitte-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen. Bezahlbarer und gemeinnütziger Wohnraum ist ein Thema, welches uns nicht erste seit kurzem beschäftigt. Unser Grundziel sollte sein, eine möglichst durchmischte Bevölkerung für Ostermundigen zu gewinnen. Die Neubauten der letzten Zeit wie z. B. der Bären tower, aber auch die neuen Quartiere im Oberfeld werden durch eine ganz andere Mieterschaft bezogen, als dies zum Beispiel in der Gerbestrasse der Fall ist. Aber beide Seiten gehörten nun mal zu einem ausgewogenen Dorf- bzw. Stadtbild. Die Mitte-Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass der Gemeinderat soweit möglich „steuernd“ in die zukünftige Entwicklung eingreifen soll. Das Ziel muss sein, ein Nebeneinander bzw. Miteinander der diversen Bevölkerungsschichten zu fördern. Und um dieses Ziel zu erreichen, soll eine Strategie oder ein Konzept entwickelt werden, bei der alle Möglichkeiten einbezogen werden sollen. Wir unterstützen deshalb den Vorschlag des Gemeinderates, die Motion als Postulat weiterzuführen und die unter Punkt 4 a bis c geforderten Punkte als Varianten in diesem Massnahmenpaket vorzusehen. Wir ermutigen den Gemeinderat, allfällige Investoren mit innovativen Ideen in die Prozesse miteinzubeziehen. Besten Dank.

Alexander Wahli (gfp): Die gfp-Fraktion unterstützt die Motion in ein Postulat umzuwandeln und als erheblich zu erklären.

Wir haben uns vor einem Jahr dazu entschieden die überparteiliche Motion nicht zu unterstützen. Wir erachten die Schaffung von preisgünstigem Wohnungsbau nicht als dringlichstes Problem von Ostermundigen. Sehen aber den Handlungsbedarf, dass aus günstigem Wohnraum nicht Billigwohnraum wird.

Aus unserer Sicht muss die Frage über den Umgang mit der Problematik günstiger und nicht billiger Wohnraum zu schaffen im Rahmen der zu überarbeiteten Planungsinstrumente in der nächsten Phase "O'mundo" stattfinden. Wir erachteten die dafür die unter Punkt vier aufgeführten zwingenden Massnahmen als zu starr und bestimmend, als dass im weiteren O'mundo-Verfahren angemessene und gar innovative Massnahmen definiert werden könnten.

Die Erläuterungen und Bemerkungen des Gemeinderates decken sich sehr gut mit unserer Haltung. Wir sind nicht per se gegen Vorgaben, die es ermöglichen oder aber auch verlangen, kostengünstigen Wohnungsbau zu realisieren. Aber auch wir sind der Meinung, dass:

1. Die Anwendung dieser Vorgaben Bedarfsgerecht, das heisst der jeweiligen Situation angepasst umgesetzt werden sollen.
2. Das mittels Anreize Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen kostengünstigen Wohnungsbau zu erstellen.

Wir erachten das Hilfsinstrument «Baukasten für preisgünstigen Wohnraum» als gutes, ziel führendes Instrument die vorgeschlagenen Varianten auszuarbeiten. Gleichzeitig möchten aber beliebt machen, die Variantenstudie oder die Massnahmenpakete in die aktuelle Phase O'mundo auf eine sinnvolle Art zu integrieren. Besten Dank für eure Aufmerksamkeit.

Rolf Rickenbach (FDP): Die FDP. Die Liberalen-Fraktion ist nicht begeistert vom Anliegen der Motionärinnen und Motionäre. Die Zeit und der Ort des Anliegens sind nicht geschickt gewählt.

Zum Ort:

- Die Bevölkerungsstruktur in Ostermundigen unterliegt seit Jahren der Problematik der "Einmischung". Das ergeht auch anderen Gemeinden so. Dieser Missstand kann über den Wohnbau und die Wohnungssituation gesteuert werden. Zur Zeit sind wir daran, an verschiedenen Orten guten und qualitativ hochstehenden Wohnraum zu schaffen. Der Anteil an günstigem Wohnraum ist immer noch vorhanden.
- Billiger Wohnraum muss eliminiert werden. Doch das ist der schwierigste Prozess. Die privaten Liegenschaftsbesitzer reagieren mit einer gewissen Immunität auf sehr gute Anreize. Die Liegenschaftsbesitzer können nicht zum Mitmachen überzeugt werden.
- Alexander Wahli (glp) hat bereits erwähnt, dass die Vorgaben sehr starr sind. Es gibt Orte, welchen einen gemeinnützigen Wohnraum absolut zulassen. Es gibt aber auch Orte, an deren Stelle gemeinnütziger Wohnraum nicht sinnvoll ist.

Fazit:

Als Motion können wir von der FDP. Die Liberalen-Fraktion den Vorstoss nicht unterstützen. Als Postulat sind wir nicht dagegen.

Colette Nova (SP): Ich melde mich zum formellen Vorgehen:

- Ein parlamentarischer Vorstoss ist ein Antrag eines oder mehrerer Ratsmitglieder.
 - Das Abstimmen ist nicht nach der Meinung des Gemeinderates vorzunehmen.
 - Der Antrag lautet auf Annahme oder Ablehnung des Vorstosses und nicht auf etwas anderes.
 - Dessen müssen wir uns bei der Abstimmung bewusst sein. Der Gemeinderat darf seine Meinung bekannt geben und einen Antrag stellen. Aber letztendlich stimmen wir nicht über den Antrag des Gemeinderates ab.
- Dieses Vorgehen haben wir bereits vor ein paar Jahren so definiert. Der Gemeinderat kann die Umwandlung der Motion in ein Postulat anregen jedoch nicht vorschreiben.

Im vorliegenden Fall ist die Erstunterzeichnerin mit der Umwandlung einverstanden und es gibt kein Problem.

Adrian Tanner (Grüne): Wir haben es schon ein paar Mal gehört: "Billiger und günstiger Wohnraum" - das ist eine interessante Unterscheidung. Im Moment haben wir billigen Wohnraum in Ostermundigen, aber es wird bezahlbarer und gemeinnütziger Wohnraum in der Motion gefordert. Es sollen keine ökologische Sanierungen gegeneinander ausgespielt werden. Ohne rechtliche Rahmenbedingungen können die privaten Liegenschaftsbesitzer nicht zur Sanierung gezwungen werden. Wir müssen uns überlegen, wie die ökologischen Kriterien möglichst kostengünstig in die Sanierungen miteinbezogen werden können.

Markus Truog (SVP) hat die Stadt Bern angesprochen. Es stimmt, wir können uns grundsätzlich überlegen, ob das Projekt sofort in Angriff genommen werden soll. Andererseits hatte die

SVP-Fraktion kein Problem, mit 15 politischen Vorstössen zum Thema "Fusion" die Verwaltung mit Mehrarbeit zu bedienen.

In der Stadt Bern hat ein sehr gutes Programm für den Aufkauf von Liegenschaften. Über die Sanierung und die günstige Vermietung entscheidet die Stadt Bern anschliessend selbständig. Grundsätzlich besteht mit dem Profitgedanken ein Problem, welches nicht einfach eliminiert werden kann.

In der Antwort des Gemeinderates wird die Quote in Kapitel 1.2 beschrieben resp. erwähnt. Die Quoten können nicht im Einzelnen, sondern nur über das Ganze berechnet werden.

Grundsätzlich hätten wird die Motion unterstützt. Aber wir können auch mit einem Postulat weiter mithelfen. Ich bin sehr froh, dass Myriam Zürcher (EVP) diesen politischen Vorstoss eingereicht hat - vielen Dank.

Myriam Zürcher (EVP): Besten Dank für die abgegebenen Voten und Gedanken zu unserem Anliegen. Danke auch an Colette Nova (SP) für den formellen Verfahrenshinweis.

- ① Ich stimme der Umwandlung der Motion in ein Postulat zu. Den gemeinderätlichen Antrag kann ich vollumfänglich annehmen. Die Abstimmung kann, wie vorliegend in der GGR-Botschaft festgehalten, vorgenommen werden. Werden zu einem späteren Zeitpunkt weitere Schritte notwendig sein, werde ich das Nötige in die Wege leiten.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Erstunterzeichnerin hat gemäss Artikel 53 Absatz 6 der GO GGR der Umwandlung der Motion in ein Postulat zugestimmt.

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 22 zu 6 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die überparteiliche Motion für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum in Ostermundigen wird in ein Postulat umgewandelt und anschliessend erheblich erklärt.
2. Punkt 4 der Motion bzw. Postulat wird dahingehend präzisiert, dass die Vorgaben a-c des vorliegenden Vorstosses zwingend als Varianten vertieft und im Rahmen der Verabschiedung des Massnahmenpaket für preisgünstigen Wohnungsbau vorgelegt werden müssen.

Axioma 7980

10.3.74 Interpellationen

110. Überparteiliche Interpellation betreffend Plausibilisierungsfragen zur Finanzstrategie; schriftliche Beantwortung

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Das Geschäft wurde wie bereits eingangs erwähnt in Absprache mit dem Erstunterzeichner vom Gemeinderat zurückgezogen.

Axioma 1250

111. Orientierungen des Gemeinderates

a) Parlamentarische Vorstösse; verspätete Beantwortungen

→ Überparteiliches Postulat betreffend Prüfung der Fördermöglichkeiten für den Ausbau der Elektromobilität

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Wir haben einmal mehr Verspätung mit der Beantwortung des Postulates - sicher nicht absichtlich. Die Fachstelle "Energie" könnten wir erst per 1. Mai 2022 wieder personell besetzen. Ich kann die Beantwortung für die September-Sitzung in Aussicht stellen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich spreche als Stellvertreter der Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit über die

- Überparteiliche Interpellation betreffend sichere Wege zur Schulanlage Rothus
- Überparteiliche Motion betreffend Schaffung einer ständigen Integrationskommission in Ostermundigen
- Überparteiliche Motion betreffend Einführung von Deutsch Bons für Ausländer:innen in Ostermundigen
- Überparteiliche Motion betreffend Schaffung einer Grundlage für die Einführung eines Ausländerantrages in Ostermundigen

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Aus Ressourcengründen werden die Beantwortungen auf die nächste GGR-Sitzung verschoben.

b) Kooperation Ostermundigen Bern (KOBe); Änderung im Terminplan

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): An der letzten GGR-Sitzung hat die Geschäftsprüfungskommission den Gemeinderat beauftragt, den Zeitplan zu überprüfen. Gleichzeitig hat der Gemeinderat festgehalten, dass die Volksabstimmung im Jahre 2023 stattfinden muss. Bei einer Zustimmung zur Fusion soll die Umsetzung per 1.1.2025 erfolgen. Der Antrag der Geschäftsprüfungskommission wurde von der Projektorganisation umgesetzt.

- ① Der Abstimmungstermin soll neu im 4. Quartal 2023 stattfinden. Eine Medienmitteilung mit allen Terminen wird am 19. Mai 2022 publiziert.

Wir sind auf allen Ebenen am Arbeiten: Der Teilbereich "Aufgabenerfüllung" steht kurz vor dem Abschluss. Das Teilprojekt "Personal" konnte in der Zwischenzeit gestartet werden. Der GGR wird an der Sitzung vom 23. Juni 2022 erneut über den Stand des Geschäftes orientiert.

c) Regierungsratswahlfeier; Orientierung

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Feier der Gemeinde Ostermündigen findet am 31. Mai 2022 ab 18.15 Uhr im Telsaal statt. Die Einladung inkl. das Detailprogramm werden den GGR-Mitgliedern rechtzeitig zugestellt.

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Heute Abend sind drei parlamentarische Neueingänge beim Ratsbüro abgegeben worden:

- Überparteiliche Motion betreffend Umwandlung von mindestens einem Naturrasenspielfeld in ein Kunstrasenspielfeld
- Interpellation EVP-Fraktion betreffend FussgängerInnen/Verkehrsplanung
- Interpellation EVP-Fraktion betreffend Bundesrat aktiviert Schutzstatus S für Menschen aus der Ukraine - Auswirkungen auf die Gemeinde Ostermundigen

Persönliche Erklärungen

2. Vizepräsidentin Emsale Selmani (SP): Die Beantwortung meiner politischen Vorstösse wurden von der Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit für heute Abend in Aussicht gestellt. Jetzt vernehme ich vom Gemeindepräsidenten, dass die personellen Ressourcen nicht zur Verfügung stehen, um die Vorstösse beantworten zu können.

Ich würde es sehr begrüssen, wenn die zuständige Departementsvorsteherin in Zukunft zu ihrem Wort steht und die Termine entsprechend einhält. Sie hätte uns die Nichtbeantwortung der parlamentarischen Vorstösse vorgängig der heutigen Sitzung per E-Mail mitteilen können.

1. Vizepräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP): Ich nehme die Verabschiedung der Ratspräsidentin Astrid Bärtschi auf dem Podest und nicht am Mikrofon vor. Der politische Werdegang von Astrid in Ostermundigen:

- GGR-Mitglied ab 1. Januar 2017 bis 31. Mai 2022 (inkl. Ratpräsidentin 2022) sowie
- GPK-Mitglied ab 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2020

Astrid, wir danken dir herzlich für dein politisches Engagement zugunsten der Gemeinde Ostermundigen.

Ich habe die Ehre als Vizepräsident, die neue Regierungsrätin zu verabschieden. Wir haben uns überlegt, welches Präsent ihr gerecht wird. Ein Fruchtkorb oder "Lunchsäckli" mit diversen Leckereien inkl. einer Portion OVOMALTINE werden ihr sowie die beiden männlichen Familienmitglieder auf dem Weg zu den neuen politischen Aufgaben bestimmt verpflegungstechnisch unterstützen.

----- **A p p l a u s** -----

Ratspräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Herzlichen Dank für die lieben Worte und den tollen Fruchtkorb.

Ich schliesse die heutige Sitzung und hoffe möglichst alle noch im Restaurant Waldeck anzutreffen.

Axioma 8417
10.3.72 Motionen

112. Überparteiliche Motion betreffend Umwandlung von mindestens einem Naturrasenspielfeld in ein Kunstrasenspielfeld; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, als Ersatz des Sportplatz Rüti 1 (Tramwendeschleufe) und des Sportplatz San Siro (Überbauung) bis 2023 mindestens ein Kunstrasenspielfeld auf einem der bestehenden Naturrasenspielfeldern (Oberfeld oder Rüti 2) zu realisieren. Dies hat unter Berücksichtigung der heute geltenden Standards bzgl. Umweltschutz - sprich ohne Granulat - zu erfolgen.

Begründung / Fragen

Sport fördert als wichtiger gesellschaftlicher Bereich Integrationsprozesse und ermöglicht die gesunde Entwicklung und Entfaltung der Bevölkerung. Allein zahlenmässig kommt dem Fussball eine besondere Bedeutung zu. Aktuell stellt der FC Ostermundigen 26 Mannschaften, davon 14 Junioren- und 6 Juniorinnenteams mit insgesamt über 300 Kinder und Jugendlichen. Dies verlangt nach einer sehr grossen Infrastruktur mit zahlreichen Trainings- und Spielmöglichkeiten. Die Sportplätze in Ostermundigen geraten immer mehr unter Druck. Mit der Überbauung des San Siro sowie durch die Linienführung des Trams Ostermundigen und die notwendige Wendeschleufe im Gebiet Oberfeld (Sportplatz Rüti 1) sind zwei der heute benutzten Plätze tangiert.

Bereits 2011 ging der der FC Ostermundigen proaktiv auf die Gemeindebehörden zu, um die Sportplätze für den FC Ostermundigen auch längerfristig zu sichern. Man ging davon aus, dass mit der Strategie einer nachhaltigen Verdichtung die Sportplätze Oberfeld, Rüti 1 und Rüti 2 früher oder später einer Wohnzone zugeführt werden. Von den damals diskutierten Ideen ausserhalb des Siedlungsgebiets konnte keine weiterverfolgt werden. Die Motion, die Sportplätze Rüti 1 und Rüti 2 in die Verlängerung des Freibads zu verlegen, wurde an der GGR-Sitzung vom 24.08.2017 abgelehnt resp. in ein Postulat umgewandelt. Das Anliegen der Motionäre wurde mit der dritten Allmend in der Räumlichen Entwicklungsstrategie aufgenommen. Der GR war sich jedoch bewusst, dass eine gänzliche Verlegung der Sportplätze mit einem längeren Planungs- und Verhandlungsprozess verbunden sein würde. Der Gemeinderat schlug deshalb vor - im Sinne einer Übergangslösung - den verbleibenden Trainingsplatz Rüti 2 mit einem Kunstrasen zu versehen, um einen intensiveren Spiel- und Trainingsbetrieb zu ermöglichen. Die Gemeinde beabsichtigte dazu, den bereits gebrauchten Kunstrasen des BSC YB kostenpflichtig zu übernehmen. Bedauerlicherweise konnte der Rasen aufgrund von Umweltaspekten nicht übernommen werden. Mit der Motion «Nachhaltige Sportplätze in Ostermundigen» wurden an der GGR-Sitzung vom 19.12.2019 u. a. folgende Fragen zum Bedarf an Sportplätzen durch den Gemeinderat beantwortet. Damals wurde die geplante Überbauung des San Siro und damit der Wegfall des Trainingsplatzes noch nicht berücksichtigt, was die Situation jetzt verschärft.

1. *Wie gross ist mittel- und längerfristig der Bedarf an Rasenfläche, um die Aktivitäten des FCO zu gewährleisten?*

Gemäss der Bedarfsanalyse vom 04.11.2019 werden mittelfristig mindestens 3,5 Norm-Naturrasenspielfelder (Spielfeldgrösse 100 m x 64 m) benötigt. Das entspricht dem heutigen Bestand an Spielfeldern inkl. der Schulwiesen. Die Spielfelder sind jedoch sanierungsbedürftig und können den heutigen Belastungen kaum mehr standhalten. Das wirkt sich auch auf die heute sehr hohen Pflegekosten von CHF 45'000 pro Jahr aus. Längerfristig muss sicher mit 4 Norm-Naturrasenspielfelder gerechnet werden. Der FC führt bereits heute eine Warteliste für Junioren- und Kinderfussball. Auch der Anteil an Frauenfussball ist deutlich am Steigen. Zudem kann der Bedarf an mehr Trainingseinheiten der einzelnen Mannschaften nicht gedeckt werden. Wenn man 1 Norm-Kunstrasenspielfeld miteinbezieht, müssten mittelfristig 2 und langfristig 3 Norm-Rasenspielfelder bereitgestellt werden, wobei jeweils 1 Spielfeld mit den Spielwiesen abgedeckt werden kann.

2. *Inwiefern entsprechen die Infrastrukturen nach dem Einbau eines Kunstrasens diesem Bedarf, bzw. wieviel Fehlbedarf/Reserve entsteht nach dem Verlust des Rasenfeldes auf Grund der Tramwendschlaufe?*

Da der Sandplatz Rüti 1 als Schlechtwetterplatz verwendet wird, könnte der heutige Bedarf mit den Naturrasenplätzen Rüti 2 und der Schulwiesen, sowie dem Hauptspielfeld Oberfeld gedeckt werden. Da die Mannschaften jedoch auch bei Schlechtwetter trainieren wollen, bestehen nach dem Wegfall von Rüti 1 keine Alternativen. Weil die Trainings bereits im Februar beginnen und erste Trainingsspiele im März stattfinden sollen, damit die Mannschaften bei Saisonbeginn Ende März/Anfangs April bereit sind, drängt sich eine Alternative auf. Auch Ende Saison müssen Nachtragsspiele noch Anfang November ausgetragen werden. Meist sind dann die Rasenfelder eigentlich nicht mehr bespielbar und dennoch müssen diese Spiele ausgetragen werden. Eine hohe Verdichtung der Rasentragschicht und viele Kahlstellen sind die Folge davon, welche erst im Frühjahr ausgebessert werden können, wobei dann schon wieder trainiert oder gespielt werden muss.

Kunstrasenplätze lassen eine Nutzung von theoretisch 24 h im Tag während 365 Tagen zu und haben eine Lebensdauer von gut 10 Jahren. Deshalb können Naturrasenfelder geschont werden und somit die Unterhaltskosten gesenkt werden. Zudem entlasten diese die Turnhallenbelegungen, weil auch bei widrigen Witterungsbedingungen und auch im Winter auf Kunstrasen trainiert werden kann – auch Anlässe, wie das beliebte Schülerturnier müsste nicht mehr aufgrund von Regen abgesagt werden. Ein Kunstrasenplatz kann aber auch ausserhalb des FC-Spielbetriebs sportbegeisterten BewohnerInnen zum Fussballspielen zur Verfügung gestellt werden. Ähnlich zur Situation auf Kunstrasenplätzen in Bern, wo zu spielfreien Zeiten häufig Kinder und Jugendliche Fussball spielen (siehe auch <https://www.blick.ch/schweiz/sportvereine-stehen-auf-plastik-weil-sie-so-das-ganze-jahr-aufs-gruen-koennen-kunstrasen-ist-fuer-sie-mehr-chance-als-suende-id15051332.html>)

Die dargelegten Argumente zeigen deutlich, dass Ostermundigen kurzfristig auf ein Kunstrasenspielfeld angewiesen ist. Nur so kann der FCO seinen gesellschaftlichen wichtigen Beitrag leisten. Es drängt sich somit auf, zeitnah einen Umbau von mindestens einem der bestehenden Naturrasenspielfelder in einen Kunstrasenplatz anzupacken, um diese Problematiken zu lösen und die Situation massiv zu entschärfen.

Im Investitionsplan 2022-2030 wurde unter der Position 3.650 / 253.5000.01C4 «Kunstrasen auf Sportplatz Oberfeld 4» bereits insgesamt CHF 1'350'000 eingeplant (2022: CHF 50'000 / 2023: CHF 1'300'000). Die Investition hat unter Berücksichtigung der heute gelten Standards

bzgl. Umweltschutz – sprich ohne Granulat – zu erfolgen (bspw. <https://regiofussball.ch/2018/12/03/brunnen-neuer-kunstrasenplatz-ohne-granulat/> und <https://www.bern-ost.ch/Fussballplatz-in-Worb-Der-Kunstrasen-ist-verlegt-627874>).

Die Gemeinde Ostermundigen soll die Realisierung eines Kunstrasenspielfelds umgehend an die Hand nehmen.

Eingereicht am 5. Mai 2022

sig: Denis Toggwiler (glp), Oliver Tamas, Alex Wahli, Dorothea Züllig von Allmen, Sandro Minka II, Pia Bähler,
R. Rickenbach (FDP), C. Leiser (FDP), C. Nova (SP), M. Falk (SP), S. Schnider-Müller (SP), M. Kuert (SP), K. Kistler (SP), S. Dähler (SP), M. Wagner (EVP), M. Zürcher (EVP), J. Ananidis (Piraten), A. Gränicher (parteilos), Y. Jordi (Die Mitte), G. Zaugg (SVP), A. Bärtschi (Die Mitte)

Axioma 8419

10.3.74 Interpellationen

113. Interpellation EVP-Fraktion betreffend FussgängerInnen/Verkehrsplanung; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

FussgängerInnen kommen in der Verkehrsplanung, zumindest gefühlt, mehr und mehr zu kurz. OstermundigerInnen, besonders der älteren Generation sowie die Kinder, aber nicht nur, sind oder fühlen sich unsicher und vor allem ungeschützt. Gerade die schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen müssen wir schützen können.

① Fakten:

Kinder und Jugendliche dürfen bis zum Alter von 12 Jahren auf dem Trottoir fahren.

Es gibt immer mehr Velos sowie mehr Elektrobikes und Elektrotrottinette. Letztere sind im Normalfall bedeutend schneller unterwegs als herkömmliche.

Ein paar Fragen sind für uns noch offen:

1. Wie schützt die Gemeinde Ostermundigen die FussgängerInnen?
2. Wie gewährleistet sie die Sicherheit bei den bestehenden Fussgängerpassagen?
3. Welche Bemühungen betreibt die Gemeinde, um die FussgängerInnen nach wie vor in der Gesellschaft zu integrieren, wie auch die Motor-, Velo- und Elektrotrottinettfahrenden auf die FussgängerInnen zu sensibilisieren?
4. Wird dort, wo Veloweg und Fussweg auf derselben Spur sind, angestrebt, diese klarer zu trennen?
5. Ist die Beleuchtung überall genügend?
6. Sind die Sicherheitsvorkehrungen für alle Beteiligten ausreichend?
7. Gibt es die Möglichkeit, die neuralgischen Punkte etwas vermehrt zu kontrollieren?

▪ Beispiele zur Frage 2:

Bei der Fussgängerpassage vom Coop-Eingang über die Bahnhofstrasse beeinträchtigt der gedeckte Velo-Abstellplatz den FussgängerInnen, welche von der Coop kommen, die Sicht. Sicherheit im Bereich Untere Zollgasse/Einmündung Parkstrasse?

▪ Beispiel zu den Fragen 2 und 7:

Es gibt Autofahrer/Innen, die vom Zentrum her verbotenerweise direkt über den Schiessplatzweg zur Ahornstrasse fahren, den Fussgängerstreifen nicht beachten und dabei die FussgängerInnen, die von der Migros her kommen, gefährden.

▪ Beispiele zur Frage 4:

Unklare Situation Bernstrasse vom Lidl Richtung Tell.

2. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 5. Mai 2022

Bernstrasse Abschnitt Kreisel Ahornstrasse Richtung Zentrum bis Einmündung Schiessplatzweg:

VelofahrerInnen benutzen den Fussgängerbereich anstelle der speziell für sie eingerichteten Velo Spur, wahrscheinlich weil diese durch die rauere Oberfläche etwas anstrengender zu befahren ist.

Auch die Kantonsstrasse von Ostermundigen Richtung Deisswil ist für die FussgängerInnen sehr unangenehm, da VelofahrerInnen öfters auf dem Trottoir fahren - sogar in beide Richtungen. Für sie ist offenbar die Strasse zu gefährlich - gerade auch mit Kinderanhänger -, was den Platz für die FussgängerInnen zusätzlich einengt.

Eingereicht am 5. Mai 2022

sig: Myriam Zürcher (EVP), M. Wagner, G. Baumgartner

Axioma 8418

10.3.74 Interpellationen

114. Interpellation EVP-Fraktion betreffend Bundesrat aktiviert Schutzstatus S für Menschen aus der Ukraine - Auswirkungen auf die Gemeinde Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Schutzstatus S wurde vom Bundesrat für akut bedrängte Menschen aktiviert. Er ist seit dem 12. März 2022 gültig, aktuell für Flüchtlinge aus der Ukraine.

Gott sei Dank sind die Regelungen unkompliziert und unbürokratisch. Denn es wäre schlimm, wenn diese Menschen, welche in so kurzer Zeit so viel Schreckliches erleben mussten, auch noch Papierkrieg-Hürden nehmen müssten.

Auch in Ostermundigen leben Menschen mit dem Status S. Sie sollen willkommen sein!

Ein paar Fragen sind bei uns diesbezüglich noch offen:

1. Wie vielen konnte die Gemeinde Ostermundigen bis zum heutigen Tag Schutz bieten?
2. Was hat es für Auswirkungen auf die Schulen? Wie steht es um den zusätzlichen Arbeitsaufwand für Gemeindepersonal, Gemeindefinanzen, Abteilung Soziales, Abteilung Öffentliche Sicherheit, etc.?
3. Wie stark tangiert es die Menschen in der Sozialhilfe, welche möglicherweise ebenfalls wegen einer Krise geflüchtet und auf der Suche nach Arbeit sind? Werden diese in ihrem Integrationsprozess deswegen benachteiligt, gebremst?

Eingereicht am 5. Mai 2022

sig: Myriam Zürcher (EVP), M. Wagner, G. Baumgartner

Axioma 4944

d) Pendenzenliste des Grossen Gemeinderateso = offen, e = erledigt, ne = *offen, sollte erledigt sein*

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	Sta- tus
2719	Ortsplanungsrevision: O'mundo	15.12.16 03.05.18 06.05.21	31.12.22	PRA	Raumentwicklungsweg- weiser 2025+ (siehe auch www.omundo.ch) am 6.5.21 genehmigt. Kre- ditabrechnung am 5.5.22 in GGR	e
<i>2103/ 1462</i>	<i>Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti</i>	<i>25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19</i>	<i>31.05.17</i>	<i>ÖS</i>	<i>Abschreibung abgelehnt</i>	<i>ne</i>
3527	Informations- + Koordi- nationsstelle 60+	27.06.19	31.08.22	SOZ	Ergebnisse der Projekte- valuation abgeben	o
988	Protokoll Nr. 4 der GGR- Sitzung vom 17.9.2020; Genehmigung	17.12.20	31.12.22	PRA	Nur noch ein "Beschluss- protokoll" verfassen. Alle Voten als MP3-Datei auf- schalten (rechtliche An- passungen vornehmen!)	o
3453	KOBe; Fusionsverhand- lungen	24.02.22	31.12.22	PRA	Strukturfragen; Kenntnis- nahme und Beschlussfas- sung	o

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Ratssekretär:

Astrid Bärtschi Mosimann

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Thulani Thomann

Markus Truog